Deutscher Reichstag.

19. Plenarsitzung vom 12. Januar 1887.

Präsident v. Wedell-Piesdorff eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär von Bötticher, Kriegsminister von Bronsart von Schellendorff, Kultusminister von Goßler, gegen 1½ Uhr Fürst Bismarck und zahlreiche Kommissare.

Das Haus ehrt das Andenken des vorgestern verstorbenen Abg. Dirichlet in der üblichen Weise.

Darauf wird die zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres fortgesetzt. Die Diskussion erstreckt sich auf die §§ 1 und 2, deren Wortlaut wir vorgestern mitgetheilt haben.

Gestern ist noch ein Antrag des Abg. Graf Ballestrem eingegangen, wonach die 16 Bataillone, welche der Antrag Stauffenberg nur auf ein Jahr bewilligen will, auf drei Jahre bewilligt werden sollen.

Abg. v. Helldorff: Es handelt sich in der Vorlage um die Steigerung der Kriegsstärke, welche nur dadurch zu erreichen ist, daß man neue Formationen schafft. Diese neuen Formationen wollen die Herren nur auf drei Jahre bewilligen. Dagegen sollen die vierten Bataillone nur auf ein Jahr bewilligt werden. Und trotzdem sagen die Redner der Oppositionspartei immer: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen! Wenn die Bataillone auf ein Jahr eingezogen werden, was soll denn aus ihnen werden, wenn sie nach einem Jahr nicht wieder bewilligt werden? Man sagt nun allerdings, die Kriegsverwaltung selbst habe diese Formationen als provisorische bezeichnet. Das ist doch nur in dem Sinne geschehen, daß man die Bataillone nicht zu besonderen Regimentern formiren will. Sie sollen bestehenden Regimentern zugetheilt werden. Die ganze Tendenz geht dahin, die Armee mehr und mehr von der Bewilligung des Reichstags abhängig zu machen. Was die Belastung angeht, so opfert Frankreich für seine Armee einen größeren Prozentsatz seiner Abgaben und auch eine größere Zahl von Mannschaften und Pferden. Redner geht dann auf die Verfassungsfrage ein. Die Feststellung der Friedenspräsenzstärke könnte nicht durch Etat, sondern müsse durch ein besonderes Gesetz erfolgen. Das zeigen die Erfahrungen aus der Konfliktszeit, wo die Regierung den Sieg davon getragen hat, zum Glück, denn sonst säßen wir heute nicht hier. (Beifall rechts.) Deshalb habe man auch in der Reichsverfassung den Satz von einem Prozent der Bevölkerung als Präsenz aufgestellt. Redner rekapitulirt eingehend die Verhandlungen über die Verfassungsvorschrift und über die früheren Feststellungen des Septennats. Auf das Letztere habe sich die Regierung nur eingelassen, weil sie die Feststellung auf unbestimmte Zeit nicht erlangen konnte und die Feststellung auf längere Zeit nur eine größere Garantie für die Dauer bot, als die Feststellung auf kurze Zeit. Die kürzere Frist für die Bewilligung würde das Heer seiner festen Grundlage berauben und es von der Zustimmung des Parlaments abhängig machen. Jeder aber, der unsere Verhältnisse sieht und unsere Parteikämpfe miterlebt hat, wird einsehen, daß ein solcher Zustand nicht möglich ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Rede Windthorst's habe ja bewiesen, daß es nur auf die parlamentarische Herrschaft abgesehen ist. Er sprach davon, wir wollen die Sicherheit der Rückbildung haben, wir wollen uns die Freiheit einer nochmaligen Prüfung nach drei Jahren bewahren. (Hört, hört! rechts.) Man rede dem Volke vor, daß wenn die Bewilligung auf längere Zeit nicht erfolge, das Recht des Reichstages auf einjährige Bewilligung neu einträte. Was die Steuerfrage angeht, so habe es die Opposition bisher abgelehnt, die Aufgabe zu erfüllen, welche ihr oft genug ans Herz gelegt worden ist, nämlich das Reich finanziell zu fundiren. Das ist eine Aufgabe, die ebenso nothwendig ist, wie die Fundirung der Armee. Man spreche von einer Einkommensteuer, die von Reichswegen erhoben werden sollte. Die Berechtigung des Reichs zur Einführung einer direkten Steuer sei allerdings nicht zu bestreiten. Aber es sei eine demagogische Vorspiegelung, wenn man eine Einkommensteuer von Reichswegen einführen wolle. (Fürst Bismarck erscheint im Saal.) Im Auslande verfolge man mit großer Aufmerksamkeit die Aktion der Herren Richter und Genossen. Man begleite ihre Thätigkeit mit einer gewissen Sympathie, aber man rechne im Auslande auch mit der Stärke der Regierungen und ihrer Vertreter. Man weiß, daß in Deutschland eine Regierung besteht, welche ihre Wege verfolgt unbekümmert um den ihr widerstrebenden Parlamentarismus. Vor den Bundesgenossen Bebel, Richter und Windthorst wird sie nicht kapituliren. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hasenclever: Die Haltung der Bundesgenossen und der Oppositionspartei wird dem Auslande beweisen, daß das deutsche Volk friedliebend ist. Die Rede des Reichskanzlers hat aber bewiesen, daß unsere Regierung kriegslustig ist. Herr Deroulède hat seinen Meister gefunden. (Große Heiterkeit.) Eine Russengefahr besteht nicht, das hat der Reichskanzler gesagt. Die Franzosen werden uns nicht angreifen. Das französische Volk ist ebenso friedliebend wie das deutsche. Wir wünschen eine alljährliche Bewilligung der Heerespräsenz durch den Reichstag. Der Herr Reichskanzler hat gemeint, man müsse alle Abgeordneten gerichtlich verfolgen, die Unheil über das Land gebracht haben. Dann sollte der Herr Reichskanzler in seiner Nähe sich umsehen. Denn durch die Puttkamerei ist viel Unheil für die Arbeiter herausbeschworen worden. Fürst Bismarck fürchtet sich vor einem Parlamentsheer. Wir haben aber doch eine Parlamentsmarine, welche von der alljährlichen Bewilligung des Reichstages abhängig ist. Ist die denn so schlecht? (Heiterkeit) Die Rede des Reichskanzlers werde nur bewirken, daß in Frankreich dem Kriegsminister noch mehr bewilligt würde. Kein Parlament würde so geduldig sein, wenn es angegriffen würde, wie vom Reichskanzler. Es würde nicht dulden, daß ein solcher Mann noch auf seinem Posten wäre.

Vizepräsident von Franckenstein ruft den Redner wegen dieser letzten Aeußerung zur Ordnung. (Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. Hasenclever: Es wird gesagt, wenn wir die Vorlage bewilligen, wird der Krieg vermieden. Ich glaube, er wird vermieden, wenn wir sie nicht bewilligen. Dann wird das gegenseitige Emporschrauben in der Rüstung aufhören. Es ist sehr bedauerlich, daß zwei große Kulturnationen nicht friedliche Aufgaben üben, sondern sich wie die Ritter des Alterthums immer gegenseitig anrennen. Die ganze Entrüstung des Volkes ist ja nur eine Mache. Die Opposition will ja gar nicht das Land wehrlos machen, sie will ja 27,000 Mann mehr bewilligen. Wenn wirklich Kriegsgefahr vorhanden wäre, müßten die Regierungen zugreifen. Die Militärerhöhung soll nicht den Staat gegen das Ausland schützen, sondern die Reaktion soll geschützt werden. Die ganze Vorlage ist ebenso wie die Sozialistengesetze, die Kulturkampfgesetze und die ganze Puttkamerei gegen das Volk gerichtet. (Widerspruch rechts.) Redner geht dann auf die einzelnen Entrüstungsversammlungen ein, bei denen er überall die Mache nachzuweisen sucht. Die Leute, welche sich immer entrüsten, die großen Kapitalisten, haben 1870, als es zum Kriege mit Frankreich kam, nicht einmal die Anleihe gezeichnet, welche im Betrage von 120 Mill. aufgelegt wurde. Sie zeichneten erst die 2. Anleihe, wobei sie neben ihrem Patriotismus noch 11 Prozent in die Tasche steckten. Die Russengefahr, welche jetzt abgelehnt wird, ist sonst oft genug vorgeführt worden, selbst für die Bewilligung des Norddeutschenals hat sie herhalten müssen. Wenn man ein russisch-dänisches Bündniß fürchtet, dann sollte man nicht das kriegslustige Ministerium Estrup in Dänemark, welches die Befestigung von Kopenhagen betreibt, so lobhudeln, wie dies in konservativen Blättern geschieht. Wir werden im Gegensatz zum Abg. Windthorst gegen jeden Mann und jeden Groschen stimmen. Bei der zweiten Lesung werden wir uns bei allen Amendements der Abstimmung enthalten, nur für den Antrag Stauffenberg auf drei Jahre werden wir in zweiter Lesung stimmen, um die drei Jahre zur Annahme zu bringen. In dritter Lesung werden wir gegen die Vorlage stimmen, wie sie aussehen mag. Wenn dann die Regierung nichts erhalten sollte, so löst sie auf. Die Vorlage soll ja nur der Reaktion dienen, deshalb stimmt jeder Mann, der das Volk lieb hat, gegen die Vorlage.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Herr v. Stauffenberg hat sich auf eine Aeußerung eines Vertreters der Kriegsverwaltung berufen, wonach die 16 Bataillone, die als vierte Bataillone formirt werden sollen, nur provisorische Einrichtungen seien, deren Rückbildung in Aussicht genommen worden sei. Die Kriegsverwaltung hat aber auch erklären lassen, daß eine Rückbildung frühestens nach Ablauf der sieben Jahre eintreten könnten. Wir sind bei der Ausarbeitung der Vorlage von der Erkenntniß ausgegangen, daß unser Heer nicht mehr ausreicht, um den fremden Armeen Stand zu halten. Die Zahlen bieten den besten Vergleichspunkt für die Stärke der Armeen. Friedrich der Große hat die Stärke an Mannschaften als eine Hauptbedingung erklärt. Wir sind ziffernmäßig heruntergegangen in unserer Armee Frankreich gegenüber. Die französische Präsenz entspracht 1 pCt. der deutschen Bevölkerung. Wir haben uns mit diesem 1 pCt. begnügt. Wir haben nach dieser Ziffer die Vertheilung vorgenommen. Da wir möglichst billig verfahren wollten, haben wir zu der Verstärkung der bestehenden Kadres gegriffen. Die fünfzehn vierten Bataillone sind zur Verstärkung des Grenzschutzes bestimmt. Wir sind bestrebt gewesen, die Vorlage auch auf finanziellem Gebiet in den engsten Grenzen zu halten. Daraus kann man uns keinen Vorwurf machen. Es ist eine mißverständliche Auffassung, daß eine thatsächliche Herausschraubung der aktiven Dienstzeit stattfindet, nur für die Uebergangszeit von zwei Jahren tritt eine solche Verlängerung der Dienstzeit ein, sonst ist sie nicht beabsichtigt. Auch die Beseitigung der Rekrutenvankanz bei der Kavallerie soll nicht stattfinden, wenn der Reichstag damit nicht einverstanden ist. Der Antrag Stauffenberg will die Rekrutenvacanz um zwei Monate verlängern. Ob das ein Moment ist, welches gegenüber dieser dringlichen Vorlage in die Debatte geworfen werden kann, ist doch sehr zweifelhaft. Herr Windthorst hat den Unterschied zwischen der Vorlage und dem, was bewilligt werden soll, als minimal bezeichnet; dann sollte er auf diesen Unterschied von seinem Standpunkte aus kein so großes Interesse legen. Wir betrachten den Unterschied mehr als minimal. Man bedauert die Unklarheit über die Deckung der neuen Belastungen. So bankerott sind wir doch nicht, daß wir das nicht bezahlen könnten. Wenn wir nicht mehr zahlungsfähig genug sind, dann müssen wir uns mit einer niedrigeren Stellung in der Welt begnügen und auf die deutsche Einheit verzichten; das wäre die Konsequenz. Ich glaube aber, das Deutsche Reich wird mit Frankreich Schritt halten wollen. (Bravo! rechts.) Jeder Officier von einiger Erfahrung wird erklären, daß eine Formation für ein Jahr eine Nonsens ist. Was sollen eine Kompagnie und ein Bataillon auf ein Jahr bedeuten? Welche Einrichtung soll der Hauptmann oder Bataillonskommandeur treffen, wenn die Formation nach einem Jahre wieder aufgelöst wird? Nun wird gesagt, eine solche Gefahr besteht nicht. Es wird erzählt, wenn alle Jahre die Feststellung erfolgen würde, so würden die Debatten verschwinden. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Anträge wollen die Dienstzeit um 2 Monate verkürzen. Darin liegt der Keim zu allerlei Streitigkeiten. Auf eine solche Verkürzung können wir nicht eingehen. Der Hinweis auf andere Länder ist nicht zutreffend. Mit Englands Parlament kann der Reichstag sich wohl nicht in Vergleich stellen. In Oesterreich besteht keine Präsenz, aber alle zehn Jahre wird die Kriegsstärke gesetzlich festgestellt, aus welcher sich dann kalkulatorisch die Friedenspräsenz ergiebt. In Frankreich müssen wir einen Unterschied zwischen der Verpflegungsstärke und der effectiven Stärke machen. Uebrigens bin ich noch nicht recht klar, wie der Kriegsminister in Frankreich seine Vorlage durchführen will, ohne finanzielle Mehrbelastung. Damit nicht unsere Heeresverhältnisse allzu oft zur öffentlichen Untersuchung gezogen werden, darf die Feststellung der Präsenz nicht alljährlich erfolgen. Ebenso gut, wie man sagt, es werde nie ein Reichstag das Nothwendige verweigern, können wir sagen: Es werde nie eine Regierung geben, welche mehr als das Nothwendige verlangt. Sie sind im Unrecht,

Kleine Mittheilungen.

* [Die Spazierfahrt des Czaren] betitelt das „N. W. Tgb." folgende Notiz, die ein Petersburger Correspondent unter dem 3. d. berichtet: Eine Spazierfahrt, welche der Kaiser gestern durch Petersburg machte, ist von ungeahnten Folgen begleitet gewesen. Da der Kaiser nicht durch ein und dieselbe Gasse gefahren zu werden wünschte, fuhr der Kutscher des kaiserlichen Schlittens von einer Gasse in die andere, und so kam es, daß der Kaiser auch in nicht besonders schöne und unebene Gassen seiner Residenzstadt kam. In einem dieser Gäßchen bekam der kaiserliche Schlitten infolge der vielen Unebenheiten so gewaltige Stöße, daß der Kaiser bald aus dem Schlitten herausgefallen wäre und überhaupt nicht besonders angenehm saß. Der Kaiser war über den elenden Zustand der Gassen seiner Residenzstadt im höchsten Grade aufgebracht und kaum in den Winterpalast zurückgekehrt, ließ er den Stadthauptmann, Generaladjutanten Gresser, zu sich rufen. Was zwischen dem Kaiser und dem Stadthauptmann vorfiel, das kann ich nicht so genau sagen. Ich kann Ihnen nur so viel mittheilen, daß der Kutscher des Kaisers Alexander III. nach dieser Spazierfahrt zu seinen Kameraden gesagt hat: „Nun, dem Gresser habe ich jetzt gezeigt, was ein kaiserlicher Kutscher bedeutet! Der Kerl wird die heutige Spazierfahrt bis zu seinem Tode nicht vergessen!" Diese Worte sind nämlich so zu verstehen: Die kaiserlichen Kutscher, welche sämmtlich den Rang von Staatsräthen bekleiden und nebst den kaiserlichen Lakaien das größte Vertrauen des Kaisers und der kaiserlichen Familie genießen, sind auf den jetzigen Petersburger Stadthauptmann General Gresser, nicht gut zu sprechen. Er hat ihnen die unter General Trepoff eingeführten monatlichen Gratifikationen von je 100 Rubeln, welche die kaiserlichen Kutscher von den jeweiligen Petersburger Stadthauptleuten bezogen, entzogen. Die Fahrt des Kaisers durch jene holperigen Gäßchen von Petersburg war nun die Rache des Kutschers. Dieser fuhr den Kaiser absichtlich in den am schlechtesten bestellten Gäßchen spazieren. Wie es heißt, hat der General Gresser bereits seine Entlassung eingereicht und soll der jetzige Oberpolizeimeister von Moskau, General-Lieutenant Kosloff, an seine Stelle kommen.

* [Ein Liebesdrama in Palermo.] Die Zeitungen von Palermo erzählen folgende ergreifende Geschichte: „Ein junges Mädchen von sechzehn Jahren, die einzige Tochter einer angesehenen Familie aus Palermo, entfloh vor einigen Tagen mit einem Studenten der Medizin, Carlo B. Das Mädchen, Adelaida, liebte den Studenten schon seit längerer Zeit, allein die Eltern widersetzten sich der Verbindung ihrer Tochter mit dem jungen Manne, welcher noch keine soziale Stellung inne hatte. Drei Tage lang suchten die trostlosen Eltern ihr Kind. Endlich erhielten sie einen Brief, der aus dem Gasthofe eines nahegelegenen Städtchens datirt war, und folgende Zeilen enthielt: „Liebe Eltern! Ich weiß und betheure es, daß ich schuldig bin! Ich verursache Euch noch ein einziges Leid, aber dann wird Alles vorbei sein. Ihr seid selbst Zeugen meiner jahrelangen Leiden gewesen. Ich liebte Carlo, aber wie Ihr selbst bemerktet, war Carlo noch zu jung und hatte keine Stellung. Dafür war seine Liebe rein und heilig, wie es nur die erste Liebe sein kann. Nun gut! Wir floheu und lebten drei Tage das Glück der Ewigkeit durch. Wenn Ihr diese Zeilen leset, theure Eltern, werden wir Beide schon todt sein. Betet für Eure Tochter!" Die unglücklichen Eltern begaben sich sofort nach jenem Ort mit dem Vorsatz, ihrem Kinde zu verzeihen, allein es war schon zu spät. Sie fanden die unglücklichen Liebenden in einer elenden Stube des Gasthofes nur noch als Leichen neben einander. Sie hatten sich in der Sylvesternacht mittelst Kohlengas den Tod gegeben.

* [Theater in China.] Einem Aufsatze, welcher vor einigen Monaten für das Journal der „China Branch of the Royal Asiatic Society" geschrieben worden ist, und welcher Herrn Dr. Macgowan in Wentschau zum Verfasser hat, entnehmen wir folgende Einzelheiten über das Theater der Chinesen. Dem Kaiser Hsüan Tsung, der im achten Jahrhundert lebte, schreibt man den Ursprung des chinesischen Theaters zu, wie es heute existirt, und er soll auf den Gedanken gekommen sein, um eine seiner Schwiegertöchter, die berühmte Schönheit Yang-hi, damit zu unterhalten. In keinem Lande der Erde ist wohl das Verhältniß der Zahl der Schauspieler zur Bevölkerung so groß wie in China. Wentschau z. B. hat circa ein Dutzend Theater-Gesellschaften. In den meisten Fällen werden die Schauspieler schlecht bezahlt. Die Aufführung eines Theaterstückes, welches circa zwei Stunden währt, kann für drei Dollars besorgt werden, die Gesellschaft besteht dann aus etwa zwanzig Personen; natürlich kann dieselbe täglich mehrere Vorstellungen geben. Eine ausgezeichnete Truppe fordert zehn Dollars oder mehr. Das Publikum hat zu allen Vorstellungen in Wentschau freien Zutritt; mit Ausnahme der Bühne, welche überdacht ist, befindet sich der Zuschauerraum im Freien. Die Ausgaben werden mittelst Subscriptionen, die unter den Reichen, oder Innungen, oder hohen Regierungsbeamten gemacht werden, bestritten; solche Leute glauben dadurch ein den Göttern wohlgefälliges Werk zu thun. In größeren Städten bilden die Schauspieler Verbindungen und diese stehen dann unter der nominellen Jurisdiction des literarischen Kanzlers. Diese bezopften Jünger des Thespis schleppen ihre Costüme von Ort zu Ort in Kisten mit sich, und in einer dieser befindet sich das Bildniß ihres Schutzheiligen, den sie vor jeder Aufführung anbeten. Angesichts des Gesetzes gelten chinesische Schauspieler als Parias und es ist ihnen bis in die dritte Generation untersagt, sich zu einem literarischen Examen zu melden; von der Gesellschaft werden sie verachtet. Sowohl im Norden wie im Süden Chinas entspringen die Schauspieler den niedrigsten Classen; des wegen darf man sich nicht wundern, daß ihr Lebenswandel ein sehr unmoralischer ist. Politik ist von der Bühne ausgeschlossen, aber dennoch erlaubt man sich mitunter ein Pasquill auf eine unpopuläre Persönlichkeit.

* [Die unheimlich großen Tournüren unserer Damen] haben schon oft zu lächerlichen Auftritten auf den Straßen Veranlassung gegeben; aber eine Szene wie die, welche sich in der Marktballe in der Friedrichstraße in Berlin abspielte, ist wohl selten beobachtet worden. Eine elegant gekleidete Dame verlor ein der Form nach mittelgroßes Sophakissen, welches sie unter der Garderobe als Cul getragen hatte. Die Dame that, als wenn nichts geschehen wäre, und versuchte eiligst, ohne sich nach dem ominösen Kissen auch nur umzuwenden, die Markthalle zu verlassen. Aber schon war ihr Malheur von einigen „Damen der Halle" bemerkt worden. Nun folgte eine jeder Beschreibung spottende Szene; von allen Seiten stürmten die um diese Zeit wenig beschäftigten Verkäufer und namentlich Verkäuferinnen auf die unglückliche Dame und ergossen einen Regen von Spottreden über die Aermste.

* [Hans von Bülow], der in letzter Zeit wieder so viel Genannte, sollte dereinst eine empfindliche Probe von der Schlagfertigkeit und scharfen Replik Franz Lachner's erhalten. Es war kurze Zeit darauf, als Hans von Bülow die Nachfolgerschaft Lachner's in München angetreten hatte, und er dirigirte eines Abends eine Sinfonie von Beethoven. Als Bülow unter den Zuhörern in der ersten Reihe den alten Lachner bemerkte, trat er in der Zwischenpause triumphirend auf diesen zu und sagte mit ziemlich herausforderndem Lächeln: „Nun, Herr Lachner! Das Orchester spielte superb, nicht wahr?" — Lachner starrte den Sprecher eine Weile an und antwortete dann in seinem breiten bayerischen Dialekt: „Na freilich, dös Orchester, woas i dreißig Jahre dirigirt hab', können Sö doch net in dö zwei Monat, wo Sö hier seien, ruinirt haben." — Bülow soll den alten Lachner später niemals wieder um seine Meinung befragt haben.

Theater und Musik.

* Ueber den Moskauer Theaterkrach werden jetzt ganz andere Ursachen bekannt, als die Erklärung des Direktor Paradies zur Zeit angab. Wir lesen darüber in der „Deutschen Schriftstellerzeitung": „Nachdem Direktor G. Paradies schon am 12. November v. J., also nach vier Wochen seit dem Beginn der Saison, trotz und laut Kassenausweis aufzubringenden Beweises günstiger, die Gagen völlig deckender Einnahmen dieselben nicht bezahlt und in öffentlicher Versammlung die Mitglieder des darstellenden Personenstandes um einige Tage Frist zur Bezahlung der postnumerando fälligen Gagen ersuchte, erklärte derselbe am 30. November v. J. dem Gesammtpersonale in rücksichtslosester Form, daß er, völlig zahlungsunfähig, sämmtliche Verträge als gelöst erachte und zur Sicherstellung resp. Fortkommen des sich in äußerster Notlage befindenden Gesammtpersonals Vorstellungen bis zum 12. Dezember v. J. ausschließlich zu Gunsten desselben, jedoch mit Ausschluß jeder Kassenkontrolle von Seiten des Personals, zu geben gewillt sei, wobei er auf sofortige Zustimmung oder Ablehnung dieses Vorschlages in nicht mißzuverstehender Weise drang. Das Personal in größter Bedrängniß, theilweise seit dem 12. Oktober d. J. ganz ohne Gage, sah sich trotz des Gastspiels des Herrn Paul, welcher für den Gastspielabend ein Honorar von 125 Rubeln mit Direktor Paradies abschloß, dennoch genöthigt und, um nicht aller Existenzmittel beraubt zu werden, gezwungen, auf diesen Vorschlag einzugehen, um nach Abzug sämmtlicher Vorschüsse und widerrechtlicher Vertragslösung von Seiten des Direktors Paradies nicht dem äußersten Elend hier in Rußland anheimgegeben zu werden." — In Deutschland emsig Herr Paradies aus bekannten Gründen keine Konzession erlangen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18870114038/fragment/page=0001

wenn Sie die Bewilligung auf 7 Jahre versagen. Sie könnten sich nur gegen eine Bewilligung auf längere Zeit als 7 Jahre aussprechen. Wir haben an dem Kompromiß festgehalten (Widerspruch links), halten Sie auch daran fest! (Beifall rechts.)

Abg. Graf Behr-Behrenhoff. Die Ausführungen des Abg. Hoenclever haben ergeben, daß die Sozialdemokraten dieses Mal in der Gesolgschaft des Herrn Richter marschiren. Das ist eine interessante Thatsache. Die Darlegungen des Kriegsministers haben für mich die Nothwendigkeit der Verstärkung unseres Heeres bewiesen. Aber auch die Opposition erkennt die Nothwendigkeit der Verstärkungen an, indem sie selbst die ganze Verstärkung auf 3 Jahr bewilligen will, während sie sonst immer für die einjährige Bewilligung eingetreten ist. Herr Rickert hat sich 1880 direkt gegen eine 3jährige Bewilligung ausgesprochen, weil er die Frage nicht jedes Mal in den Wahlkampf gezerrt wissen wollte. Die Frage, ob 3 oder 7 Jahre, habe ja auch gar keine Bedeutung weiter. (Redner verliest einen längeren Passus der Rede Rickert's vom Jahre 1880). Die Liberalen wollen sich durch die dreijährige Bewilligung Rechte aneignen, welche ihnen nach der Verassung nicht zustehen. Es ist auch von unserer Seite immer betont worden, daß die Militärlast eine sehr schwere Last ist und bleiben wird. Aber Herr Rickert habe 1880 selbst anerkannt, daß die Belastung in Deutschland eine weit niedrigere sei, als z. B. in Frankreich. Warum sage man das nicht jetzt dem Volke? (Hört! rechts.) In der Kommission haben sich die drei Fraktionen, das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten, verbündet. Das ist ein Weltereignis. Im Lande versteht man es nicht, wie das Zentrum sich mit den Sozialdemokraten verbünden kann. Sie legen diese Bruderschaft auch jetzt noch im Plenum fort. Ich wünsche ihnen von Herzen Erfolg dazu. Wir werden gegen alle Anträge stimmen, weil wir fest entschlossen sind, am Septennat festzuhalten. Es ist die gesetzliche Grundlage unseres Heeres. Es handelt sich dabei um einen Kompromiß mit der Regierung. Es liegt kein Grund vor, davon abzuweichen. Durch die Verschleppung der Berathung haben wir schon etwas von dem Erfolge der Vorlage, von der Sicherung des Landes verloren. Sie sagen, Sie wollen nach 3 Jahren Alles wieder bewilligen, wenn die Sachen ebenso stehen. Bewilligen Sie es doch gleich. Herr Windthorst tadelt uns, daß wir Alles bewilligen wollen. Wir seien nur Kostgänger der Regierung. Wir stimmen nach unserer Ueberzeugung und wenn ich Kostgänger sein soll, dann will ich lieber ein Kostgänger des Fürsten Bismarck sein, als der des Abgeordneten Windthorst. 1862 habe Herr Virchow einen Abrüstungsantrag gestellt und damals seine Unkenntniß der Verhältnisse bewiesen. (Zuruf Virchows: Waren Sie damals unterrichtet?) Ich hoffe, daß bedächtig eine Entscheidung fallen wird, günstig für die Vorlage. Sollte sie ungünstig für die Vorlage ausfallen, dann wird das Volk seine andere Meinung bei den Wahlen bekunden und andere Abgeordnete wählen.

Abg. Windthorst: Es soll etwas sehr bedenklich sein, daß wir ebenso stimmen, wie die Sozialdemokraten. In Hannover und an anderen Orten haben die National-liberalen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten gestimmt. Es ist der klasse Neid, welcher aus dem Herrn spricht. Ich möchte einmal das Geschrei hören, wenn Sie (rechts) mit Hilfe der Sozialdemokraten uns schlügen. Herr Hoenclever hat ja schon angekündigt, daß die Sozialdemokraten in der Schlußabstimmung mit den Konservativen stimmen würden. Ich gratulire im Voraus zu der neuen Kompagnie. Die Sozialdemokraten sind nun einmal im Reichstage und ich freue mich unter den gegenwärtigen Verhältnissen darüber, denn sonst würden sie außerhalb aller Körperschaften bleiben. Hier arbeiten sie mit uns und werden mit jedem Tage zahmer. Ich habe oft genug interessante Mittheilungen von den Herren erhalten, namentlich in Bezug auf die sozialen Fragen, die leider jetzt sehr in den Hintergrund getreten sind. Wenn die Her en in große Furcht vor den Sozialdemokraten haben, dann sollten sie bei den Bewilligungen in militärischen Dingen recht vorsichtig sein. Denn wenn sie das Elend der Arbeiter kennen würden, würden sie sehen, daß den Sozialdemokraten nichts Besseres geschehen kann als eine stete Verstärkung des Heeres. Ich habe dann die große Ehre, neben dem Herrn Collegen Richter genannt zu werden. (Heiterkeit.) Ich bedaure Herrn Richter, denn er könnte durch zu häufige Nennung mit mir leicht einen klerikalen Anstrich gewinnen. An mir ist nichts mehr zu verderben, ich muß mich nur in Acht nehmen, daß ich nicht einem Freunde, der mir die Hand drückt, allzu offenkbel nahekomme, um nicht seine Karriere zu verderben. Der Herr Reichskanzler hat von Georg V. von Hannover gesprochen; er hat behauptet, daß derselbe eine Legion unterhalten habe, um mit Frankreich zu kämpfen. Wir sind nicht seine vertrauten Briefe zugetragen worden. Ich kann nicht urtheilen, ehe ich nicht die Aktenstücke gesehen habe. Georg V. hat mehrfach um Friedensverhandlungen gebeten, aber sie sind ihm schnöde abgeschlagen worden. (Rufe rechts: Zur Ordnung!)

Präsident v. Wedell-Piesdorff: Wegen des Ausdrucks „schnöde", der sich nur auf die preußische Regierung beziehen kann, rufe ich den Abg. Windthorst zur Ordnung. (Widerspruch links.)

Abg. Windthorst (fortfahrend): Wenn Georg V. so als Feind behandelt wurde, so mag er ja Anknüpfung gesucht haben. Aber er ist dabei nur dem Beispiele Anderer gefolgt, dem Beispiel von Staatsmännern, welche bereits, als der Deutsche Bund noch bestand, Bündnisse abgeschlossen hatten mit Italien zur Sprengung des Bundes, mit Regierungen, deren vorzüglichster Soldat ein Garibaldi war; ferner dem Beispiel von Staatsmännern, welche sich Gefangenenlegionen gebildet haben, die gegen ihr eigenes Vaterland kämpfen sollen. Wer so etwas gethan, darf Anderen keinen Vorwurf machen. Die Hannoveraner haben bewiesen, daß sie ihr neues Vaterland lieben, sie können verlangen, daß man sie in Ruhe läßt. Habe ich nicht bewiesen, daß ich meiner neuen Unterthanenpflicht Genüge leiste bei den Bewilligungen zum Zollarif. Es giebt Nationen, welche dem überwundenen Feind die Hand reichen; aber andere ruhen nicht eher, bis sie ihren Feind skalpirt haben. Es soll nur dem Preßmaneluken neuer Stoff gegeben werden zu Angriffen gegen meine Person. Ich bin ein Welfe und bin stolz auf diesen Namen, denn die Welfen sind ein glorreiches deutsches Geschlecht. Die Rede des Reichskanzlers von gestern war vollständig geeignet, die Verwerfung der Vorlage zu befürworten. (Sehr richtig!) Auf die Autorität des Grafen Moltke und des Kriegsministers hin will ich Alles bewilligen, obgleich ich glaube, daß die Kriegsgefahr nicht so groß ist, wie man sagt. Denn die Franzosen greifen uns nicht an, wenn man sie nicht reizt. An die Stelle des Herrn Reichskanzlers will ich nicht treten, ich will nichts Anderes sein, als der einfache Vertreter für Meppen. Die persönlichen Angriffe sollte der Herr Reichskanzler doch sein lassen. Ich will meine Rede schließen mit den Worten, die ich mir vorgenommen habe jedesmal anzuwenden: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, freilich nur auf 3 Jahre. Sie verlangen von uns Einigkeit des ganzen Reichstages. Sie (rechts) sind die Wenigeren, gehen Sie doch mit uns! (Heiterkeit.) Sie möchten es gern, aber Sie dürfen nicht. (Sehr richtig!) Aber Sie werden niemals das Argument widerlegen können, daß unsere Marine auf einjähriger Bewilligung beruhe. Der Reichstag kann auf die Schöpfung dieser Flotte stolz sein. Das ist ein Beweis, wie wenig man zu fürchten hat, daß der Reichstag etwas für das Heer versagt. Der Reichskanzler hat davon gesprochen, es komme jetzt die Frage: Kaiserliches oder Parlamentsheer. Ein Kaiserliches Heer giebt es in Deutschland nicht, sondern ein Reichsheer, an dessen Spitze der Kaiser mit den übrigen Bundesfürsten steht. Das Kommando bleibt dem Kaiser: nur in Geldfragen hat der Reichstag ein Recht, und er will und muß es wahren. Diese Rechte kann ich nicht aufgeben. Wer diese Rechte des Volkes stört und verachtlässigt, versündigt sich am Throne am allermeisten. Denn die Geschichte beweist es, daß jedes Mütteln an den Rechten des Volkes sich an dem Throne in erschreckender Weise rächt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Von einer Parlamentsarmee, wie in England ist hier nicht die Rede. Ich erkenne an, daß die Armee die wichtigste Institution des Landes ist; aber sie wird nicht dadurch geschädigt, daß sie alle drei Jahre einer Bewilligung unterzogen wird. Wenn die Vorlage so eilig war, weshalb hat man uns denn nicht früher berufen? Also nochmals, wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, und wenn es über 3 Jahre wieder nothwendig ist, bewilligen wir es von Neuem; denn unser Vaterland soll nicht wehrlos sein. (Lebhafter wiederholter Beifall links und im Centrum. Zischen rechts.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner muthet uns zu, daß wir Vertrauen zu dem guten Willen und zu der militärischen Einsicht des Reichstages haben sollen, der über drei Jahre hier sein wird. Weiß er denn, wie derselbe aussehen wird? Wie wird sich denn die Majorität zusammensetzen? Wenn nur die Sozialdemokraten Gouvernementale würden, so würde das ein Unterschied von 50 Stimmen für die Regierungspartei sein, ebenso stände es bei den Polen. Noch größer wäre die Bresche, wenn die fortschrittliche Satrapie einmal dem centralen Sultanate den Gehorsam kündigte. Die Gemeinsamkeit besteht ja nur in dem gemeinsamen Hasse. In positiven Dingen sind Sie ja gar keine Majorität. Ohne die Armee ist die Ordnung und das Reich nicht denkbar — Auf eine solche Majorität aber können wir für die Armee nicht vertrauen. Nach sieben Jahren ist vielleicht die Minorität ebenso, aber die Gefahr ist doch hinausgeschoben. Wir wollen das Aeternat nicht. Wir haben das Kompromiß angenommen, weil das konstitutionelle Leben aus einer Reihe von Kompromissen besteht. Ich bin 1871, als ich krank war, im Interesse des Friedens darauf eingegangen, aber daran halte ich fest. Der Redner ist seiner Majorität weit sicherer, als man bei der Zerfahrenheit der Parteien sein kann. Hätten wir zwei große Parteien, so wäre die Sache anders. Im Zentrum haben wir Elemente heterogener Art für den Kulturkampf vereinigt. Man will vom Kulturkampf etwas aufrecht erhalten, um das gemeinsame Band nicht zu zerpreugen. Sehen Sie nach Bayern! Sind Sie Ihrer Wähler sicher, wenn der katholische Stuhl der Meinung ist, daß die Opposition nicht mehr zulässig sei? Die Regierung macht ihre Vorlage nach ihrem Pflichtgefühl und im Interesse des Wohles des Landes, nicht nach den Wünschen des Reichstages. Wenn wir vom Kompromiß abgehen, so schaffen wir eine Situation, die stets zu Konflikten hindrängt. Wir treten für die Verfassung ein, sie steht auf unserer Seite. Diejenigen kämpfen gegen die Verfassung, welche eine Parlamentsarmee, ein Heer, welches von der Bewilligung des Parlaments abhängig ist, wollen. Ein Reichstag, der eine polnische Mehrheit hat gegen deutsche Interessen, kann nicht über die Armee entscheiden. Wir haben die Einigkeit des Deutschen Reiches, und wir haben niemals geglaubt, daß wir zu solchen elenden Streitigkeiten kommen würden. (Bravo! rechts.) Das Volk hat sich geirrt, wenn es Sie hierher geschickt hat. (Große Heiterkeit, Unruhe.) Wir vertreten das Volk recht. Sie wollen es darauf ankommen lassen und denken, es wird am Ende doch nicht Krieg. Der Ausdruck Kaiserliche Armee ist allerdings nicht zutreffend, aber ich kann doch nicht alle einzelnen Kontingente aufzählen. Ich könnte sie monarchische Armee nennen, aber das würde so aussehen, als wenn sie allein im Dienste der Monarchie stände. Ich werde also bei dem Ausdruck Kaiserliche Armee stehen bleiben. Der Kaiser hat auch gewisse Funktionen allein in der Armee, so daß der Ausdruck zutrifft. Herr Windthorst möchte sich nur einmal die Verfassung wieder vorlesen lassen. Für die Marine wird allerdings alljährlich bewilligt, aber wenn Sie auf den Gedanken kämen, nach einem Jahr einmal die Flotte zu verkaufen, so würden wir auch nicht weiter kommen. Sie wollen unverwerkt Besitz ergreifen von einem Recht, welches Ihnen nicht zusteht, dadurch daß Sie uns von dem traditionellen Septennat hinwegdrängen. Herr Windthorst hat mir persönliche Angriffe auf ihn vorgeworfen. Ich habe seinen Namen nur genannt als Parteiführer. Wenn ich Windthorst oder Partei Windthorst sage, so meine ich immer Herrn Richter mit; ich fasse darunter die gesammte Opposition zusammen. Herr Windthorst will mit den Sozialdemokraten nicht identifizirt werden; aber in der Praxis marschirt er mit ihnen zusammen, seine Politik ist so, daß die Sozialdemokraten sie mit Vergnügen mitmachen können. Thatsache ist, daß die Sozialdemokraten nie in die Lage kommen, anders zu stimmen. (Widerspruch.) In der polnischen und bulgarischen Sache waren sie doch vollständig einig, wie in allen Fragen, bei denen die Sicherheit und das Ansehen des deutschen Reiches gesichert ist. Mir ist kein Fall erinnerlich, wo die Sozialdemokraten anders gestimmt haben, als das Centrum. (Zuruf: Zölle!) Das war 1879. Wenn Sie kein anderes Datum anführen können.. (Zuruf: 1884!) doch wir wollen das Zwischengespräch nicht weiter fortsetzen. Man hat nur insoweit das Recht, Opposition zu machen, als man bereit ist, die Regierung zu übernehmen. Herr Windthorst hat nicht den Ehrgeiz, Minister zu werden. Wenn er es als Volksvertreter nicht besser machen kann, so ist das kein gemeinnütziges Gewerbe. Herr Windthorst hat die Bürgschaft für die friedlichen Franzosen übernommen. Sind seine Quellen völlig gut unterrichtet? Er hält die Franzosen für schwach. Was hilft das? Er sagt ja selbst, wir müssen uns verstärken. Es wird mir vorgeworfen, daß ich die Karolinen jetzt für eine Lumperei halte. Er verwechselt die Karolinen mit Spanien. Wegen den Karolinen konnten wir doch mit Spanien keinen Krieg anfangen. Hätten wir von den Ansprüchen Spaniens Kenntniß gehabt, so hätten wir die Karolinen überhaupt nicht angerührt. Weil die Spanier die Sache in einem so viel höheren Ton nehmen als wir, so habe ich mich an die Weisheit und Friedensliebe des Papstes gewandt und dadurch Krieg mit Spanien vermieden. Warum hat Herr Windthorst diese Frage nicht aufgegriffen? Herr Windthorst meint, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Ich hatte den Eindruck, daß er diesen socialistischen Ton in Erinnerung an seine Wahlrede angeschlagen hat, wie ja auch die „Germania" die Verhetzung der Klassen betreibt. Die Lage der Arbeiter kenne ich auch und bin sicher, dem Rufe des Königs, mit Gut und Blut für das Vaterland einzutreten, werden sie immer Folge leisten. Sie haben kein Interesse an den Zinssen der Parteipolitik und des Staatsrechts. Herr Windthorst beschwert sich über die Anziehung des Königs Georg. Ich habe von der vollständigen Niederwerfung des Deutschen Reiches gesprochen und dabei als etwas Naheliegendes die Wiederherstellung des Königreiches Hannover erwähnt. Ich habe den Abg. Windthorst einen Welfen genannt, der durch die Hilfe des Feindes diese Wiederherstellung will, den König V. Die Thaten des zehnten Armeecorps, auf welches der Vorredner hingewiesen, dienten zu der Festigung des Reiches; das kann man doch von den Welfen in diesem Hause nicht sagen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sollen die Verhandlungen mit König Georg schnöde zurückgewiesen haben. Das Wort „schnöde" hat der Präsident schon gerügt. Wir haben die Verhandlungen abgewiesen, aber noch viel schlimmer sind unsere Verhandlungen im Frühjahr 1866 zurückgewiesen worden. Die Beziehungen waren sehr vertraut zwischen Preußen und Hannover, als plötzlich der König von Hannover seine Armee zu vervollständigen und auszurüsten anfing. Das sah nicht nach Neutralität aus. Wir konnten ein actives Eingreifen Hannovers gegen uns 1866 nicht gestattet. Ich kann nur die dringende Bitte aussprechen, die Vorlage anzunehmen. Denn wir können das, was Herr Windthorst jeden Mann und jeden Groschen nennt, auf 3 Jahre nicht annehmen, selbst wenn es das wäre, was Herr Windthorst behauptet. Die Auflösung des Reichstages ist ja eine vollständig verfassungsmäßige Sache. Die Führer der Opposition sind durch blinden Gehorsam ihrer Fraktion verwöhnt, sie können den Widerspruch der Regierung nicht mehr vertragen. Ich bin vielleicht im Laufe des Jahres der Einzige gewesen, der es wagt, dem Abg. Windthorst zu widersprechen. Dann geräth er in Zorn und Aufregung. Kommen Sie Alle wieder, dann werden wir uns nach ein paar Monaten wieder über dieselbe Frage unterhalten. Aber an der Ansicht der Regierungen wird sich in drei Monaten nichts ändern. (Beifall rechts.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird die Berathung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

Verschiedenes.

* Göttingen hat, wie bereits telegraphisch gemeldet sein Theater durch Feuer verloren. Die dortige „Freie Presse" vom 10. berichtet darüber: Nachdem noch gestern Abend eine Vorstellung der hier weilenden Künstler-Spezialitäten-Gesellschaft stattfand, ist das Theater zwei Stunden nach Schluß der Vorstellung ein Raub der Flammen geworden. Gegen 12 Uhr brach das Feuer im Bühnenraum aus, der bei dem dort angehäuften leicht entzündbaren Material in wenigen Minuten in hellen Flammen stand. Unsere vortreffliche freiwillige Feuerwehr war rasch zur Stelle und schritt energisch zum Angriff auf den Herd des Feuers vom Hofe des anstoßenden Amtsgerichts-Gebäudes aus. Bald aber sah man, daß es unmöglich sei, das Theatergebäude zu retten und konzentrirten sich die Anstrengungen der Feuerwehr auf den Schutz der Nachbargebäude, besonders des königlichen Amtsgerichts, mit seinen werthvollen Akten, Grundbüchern und Depositen.

Glücklicherweise herrschte vollkommene Windstille und der weite Raum des Wilhelmplatzes begünstigte die zweckmäßige und rasche Aufstellung der Löschgeräthschaften. Das königliche Amtsgericht ist durch eine starke Brandmauer von dem Logenhause des Theaters getrennt. Der Nutzen derartiger Mauern war bei dieser Gelegenheit aufs Deutlichste ersichtlich. Zwar fingen einige Dachsparren des Amtsgerichtsgebäudes Feuer und einige Zeit war zu fürchten, daß die Flammen das Gebäude noch weiter erfassen würden. Aus diesem Grunde schritt man zur Bergung der Bücher und Akten, welche zum Theil vermittelst einer rasch gebildeten Menschenkette in das auf der andern Seite des Wilhelmplatzes belegene Haus des Senators Kellner befördert, andern Theils hinter das schützende Gitter des in der Mitte des Platzes stehenden Denkmals geborgen wurden. Inzwischen war das Mobiliar der Grethen'schen Theater-Restauration, sowie der im Gebäude befindlichen Studentenkneipen und Privatwohnungen gerettet und nach 1½ stündiger Anstrengung war das Feuer auf den Theater-Raum beschränkt, der allerdings vollständig ausbrannte, die mächtigen mechanischen Leitern der freiwilligen Feuerwehr bewährten sich bei dieser Gelegenheit vorzüglich. Vermittelst dieser war es möglich, kräftige und sehr wirksame Wasserstrahlen von oben auf die bedrohten Nachbargebäude, sowie in den Bühnenraum zu senden. Ein großes Glück ist es zu nennen, daß der Brand nicht während der Vorstellung ausbrach. Die rapide um sich greifenden Flammen bewiesen, daß es schwer gewesen sein würde, die vollständige Entleerung des Zuschauerraums ohne Unfall zu ermöglichen. Dem Vernehmen nach hat die seit Sonntag hier gastirende Künstlergesellschaft den Verlust eines Theils ihrer auf der Bühne befindlichen Apparate zu beklagen. Wäre das Theater jedoch, wie seit Jahren der Fall, an eine Schauspielergesellschaft vermiethet gewesen, so würden wohl neben der dadurch herbeigeführten Brodlosigkeit des Personals noch größere Verluste zu beklagen gewesen sein. Ueber die Entstehungsursache des Brandes verlautet noch Nichts. Der Theatermeister, welcher sich zuletzt in dem Bühnenraum befand, hat, wie wir hören, beim Verlassen des Theaters alles in Ordnung befunden und keinerlei verdächtige Anzeichen bemerkt. Die zu erwartende Untersuchung wird vermuthlich Näheres ergeben.

* Zwischen dem Iserlohner Ost- und Westbahnhof fand am 9. d. M., kurz vor 8 Uhr Abends, ein Felssturz statt in dem Augenblick, als der fällige Personenzug herankam. Mit einem furchtbaren Krach prasselten die herabstürzenden Felsmassen auf das Bahngeleise und die Lokomotive, die letztere vollständig verschütteud und zertrümernd. Der Zug stand sofort still, was in Verbindung mit der furchtbaren Erschütterung die Passagiere mit panischem Schrecken erfüllte. Es ist ein wahres Wunder, daß größeres Unheil verhütet wurde. Nur einige Passagiere haben leichte Quetschungen erhalten. Die Strecke ist auf mehrere Tage gesperrt.

* Der Hungerkünstler Succi hat nun obenein, wie es scheint, umsonst gehungert. Er prozessirt gegenwärtig mit seinem Impresario Lamperti, weil dieser sich weigert, ihm die versprochene und bei einem Bankier hinterlegte Prämie von 15,000 Francs auszahlen zu lassen. Lamperti behauptet, der Faster wäre den ursprünglichen Bedingungen nicht treu geblieben: er hätte namentlich statt nur Wasser und Hunyadi-Janos zu genießen, am achten Tage den Inhalt eines Fläschchens hinter dem Rücken des Preßkomitees und des medizinischen Ausschusses getrunken. Succi antwortet darauf, daß die 15 Gramm Opium, die er am achten Tage zu sich nahm, nicht als ein Nahrungsmittel angesehen werden dürfen u. s. w.

* In Philadelphia hat man jüngst zwei Geizhälse, von denen der eine ein Millionär war, in ihrer Wohnung erfroren aufgefunden. Man fand bei ihnen große Geldsummen und Werthpapiere, sowie einen gefüllten Kohlenkeller. Die beiden Männer waren bereits drei Tage todt, als man die Leichen entdeckte.

Verantwortlich Julius Mundelt. — Plötz'sche Buchdruckerei (R. Aletschmann) in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18870114038/fragment/page=0002